

Sächsische Vorkzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Amt Dresden Nr. 31302
Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Dank-Konto: Stadtkass. Dresden, Elbstraße Dresden Nr. 606
Postkass.-Konto: Nr. 512 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bismarck, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederponitz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drach, für den übrigen Inhalt Eugen Berner beide in Dresden.

Das Blatt ist täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Nur ein Viertel-
Laden. Aus alter u. neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus
monatlich M. 2.10, durch die Post ohne Zustellgebühr monatlich M. 2.20. Für Fälle höh. Gewalt,
Streit, Streits usw. hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der
Zeitung od. Rückzahl. d. Leihgeldes. Druck: Clemens Landgraf Nachf., Dresden-Friedrichsberg.
Bei unvers. eingelangt. Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Für Anzeigen, welche durch
Fehler aufgesetzt werden, kann wir eine Verantwort. bez. der Richtigkeit nicht übernehmen.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
91. Jahrgang

Anzeigen werden die 6spaltige Petit-Zeile mit 25 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4 spaltige Zeile
mit 100 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzverordnungen und schwierigen Sacharten werden mit 50%
Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen
der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird
keine Gewähr geleistet. Inseritionsbeiträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig.
Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeitenspreis in Anrechnung
gebracht. Rabattanspruch erlischt: d. verspät. Zahlung, Klage od. Konturs d. Auftraggebers

Nr. 21

Dienstag, den 25. März

1930

Im Zeichen der „Grünen Front“ Annahme der Agrarvorlagen in zweiter Lesung

Wortgefecht Schiele-Dietrich

In der Montagssitzung des Reichstags be-
gründete Abg. Schiele (Dnat.) bei der Be-
ratung der Anträge zur Agrarfrage die
deutschnationalen Anträge, die einen ver-
stärkten Zollschutz verlangen.

Die Kompromißanträge der Regierungs-
parteien seien unzulänglich.

Der Minister habe sicherlich den besten Wil-
len, aber die Regierungskoalition berücksich-
tigt nicht die himmelschreiende Not der deut-
schen Landwirtschaft. Der deutsche Landwirt,
der in eine Parastellung hinabgedrückt ist,
wird geradezu zur Auswanderung ge-
zwungen — weil ihm sein Produkt nicht
abgesetzt wird. Im Zusammenhang damit
bedeutet eine schwere Erschütterung des Real-
lohns.

Aus den überflüssigen Ländern werden
10 Millionen Tonnen überschüssigen

Weizens nach Deutschland gedrängt.
Dagegen kann die deutsche Landwirtschaft
nicht durch halbe Maßnahmen geschützt wer-
den. Das Maismonopol wird wirkungslos
bleiben, wenn nicht entsprechende Maßnah-
men bei Roggen und Gerste hinzukommen.
In London erwartet man jetzt die Erfüllung
der Forderungen, die Reichspräsident von
Hindenburg in seinem Briefe für die Land-
wirtschaft aufgestellt hat. Wenn diese Hoff-
nung trägt,

dann wird alle Besonnenheit der Führer
nicht verhindern können, daß die schwar-
zen Fahnen rauschen und ein neuer Bau-
ernkrieg ausbricht gegen den eigenen
Staat.

Die Regierungsparteien haben die Möglich-
keit der Landwirtschaft das zu geben, was
sie braucht. Ein Recht der Verbraucherschaft
auf die Weltmarktpreise kann nicht anerkannt
werden von einer verantwortungsbewussten
Staatspolitik, die den sozialen Ausgleich
schaffen soll auch für die Bauernschaft.

Reichsernährungsminister Dr. Dietrich

gehört zu, daß er nicht damit gerechnet habe,
daß die Anträge der Regierungsparteien auf
der rechten Seite in allen Einzelheiten An-
erkennung finden würden. Das Roggenpro-
blem steht ja augenblicklich im Vordergrund.
Wer es kann nicht allein ausschlaggebend
sein. Die Statistik ergibt, daß der Einfuhr-
überschuß bei Viehprodukten doppelt so groß
ist als bei Körnerfrüchten.

Wir müssen von dieser Einfuhr
abkommen.

Wir dürfen deshalb auch nicht mit einer
Hindbewegung die Einwände derjenigen ab-
tun, die es für gefährlich halten, wenn ihnen
die Futtermittel verteuert werden. Wir wol-
len unsere Aufmerksamkeit zunächst auf das
Roggenproblem konzentrieren. Die bisherigen
Einsparungsaktionen für den Roggenpreis haben
deshalb keinen Erfolg gehabt, weil der Rog-
genüberschuß weit über die Zahlen hinaus-
ging, die zuerst genannt worden waren. Beim
Weizen haben wir erreicht, daß das Abstim-
men der Preise auf dem Weltmarkt 7- bis
8mal stärker war als in Deutschland. Beim
Roggen kann ein noch so hoher Zoll nicht
eine Preissteigerung über das jetzige Niveau
bewirken. Wir wollen nur erreichen, daß der
Preis nicht noch weiter absinkt.

Gegen die Gefahr eines Weizen-
dumpings können wir uns nur durch
gleitende Zölle schützen.

die der Preisentwicklung angepaßt wer-
den. Bei der Gerste können wir den Zeit-
punkt für die Inkraftsetzung unserer
Maßnahmen nicht angeben, weil sonst
wieder die Vorverpackung einsehen
würde. Das Maisproblem liegt recht
kompliziert. Ich bin kein Freund von
Staatsmonopolen und große Wirtschaftss-
freie sind der Zwangswirtschaft abge-
neigt. Im vorliegenden Falle müssen
solche Bedenken aber zurückgestellt wer-
den, weil das Gesamtwohl eine Regelung
im Sinne des Maismonopols erfordert.
Das Verhältnis der Weizenölle zu den Ge-
treideölen scheint in dem Antrag der Re-
gierungsparteien richtig gefunden zu sein.
Bei den Schweinen liegt die größte Gefahr
in der Entwicklung der inneren Produk-
tion. Die Auslandskonkurrenz bedeutet
aber eine große Gefahr für unsere Eier-
und Geflügelproduktion. Wären wir ein
Volk von Idealisten, so würden wir vom
Weizenbrot zum Roggenbrot übergehen.

Wir wollen dahin kommen, daß wir
die Futtermittelzölle nicht nur herab-
setzen, sondern schließlich ganz auf-
geben können ohne Schädigung der
Gesamtwirtschaft.

Dazu soll die Kombination von Roggen-,
Gersten- und Weizenwirtschaft dienen.
Für die Zuckerverwirtschaftung hängt die Ueber-
windung der jetzigen Schwierigkeiten ab
von einer richtigen Kontingenterung.
Alle diese agrarwirtschaftlichen Fragen be-
dürfen einer schnellen Erledigung. Ich
wäre sehr dankbar, wenn der Reichstag
so viel Zutrauen zu uns hätte, daß er uns
eine gewisse Bewegungsfreiheit gibt.

Die Verbraucher haben im gegenwär-
tigen Zeitpunkt keinen Anlaß, sich
über die Zollerhöhungen zu
beschweren.

Die Indezahlen weisen im ganzen einen
Rückgang auf, aber die Preise der Agrar-
erzeugnisse stehen dabei weit unter der
Verhältniszahl der übrigen Preise.

In der Abstimmung wurde der von den
Regierungsparteien eingebrachte Initia-
lengesetzentwurf über Zolleränderungen bei Wei-
zen und Hafer nach Ablehnung der Änder-
ungsanträge angenommen.

Gleichfalls Annahme fanden dann auch mit
den Stimmen der Regierungsparteien, der
Wirtschaftspartei und eines Teiles der Re-
chten die Zolleränderungen bei Gerste, Mais,
Kartoffeln, Mehl, Kleie und Zucker. Mit
großer Mehrheit wurde auch dem Maiszoll
zugestimmt.

Schließlich wurde ein Antrag der Regie-
rungsparteien angenommen, wonach bei vor-
dem 5. März d. J. im Inland geschlossenen
Lieferungsverträgen über bezollten Kaffee
und Tee der Verkäufer berechtigt ist, von dem
Käufer Ersatz des Zollunterschiedes für die
nach dem Inkrafttreten der Zollserhöhung ge-
lieferte Ware zu beanspruchen.

Die dritte Lesung des Agrarprogramms
wird heute erfolgen.

Es bleibt bei 50 Prozent

Der volkswirtschaftliche Ausschuss des
Reichstags hat dem Vorschlage des Reichs-
ministers für Ernährung und Landwirtschaft
zugestimmt, wonach der Vermahlungssatz für
Inlandsweizen auch für den Monat April
auf 50 v. H. festgesetzt wird.

Ganze Arbeit im Reichsrat Not-Etat verabschiedet

Im Reichsrat wurde am Montag abend
zunächst der Nothaushalt für 1930 ange-
nommen. Er ermächtigt die Reichsregie-
rung, in der Zeit vom 1. April bis Ende
Juni d. J. die zur Aufrechterhaltung der
Reichsverwaltung oder zur Erfüllung der
Aufgaben und der rechtlichen Verpflich-
tungen des Reiches notwendigen Aus-
gaben zu leisten. Hierfür wird ein Vier-
tel der für 1929 bewilligten Beträge zur
Verfügung gestellt. Als Sondereinlage
bei der V.Z. können bis zu 100 Millionen
Mark geleistet werden.

Beschlüsse zur Finanz- reform

Nachdem der Reichsrat den Nothaushalt
verabschiedet hatte, befaßte er sich noch mit

dem Gesetzentwurf zur Vorbereitung der
Finanzreform, der mit 50 gegen 13 Stim-
men von Bayern und Thüringen bei 8
Enthaltungen von Ostpreußen, Branden-
burg und Pommern angenommen wurde.

In seinem ersten Artikel behandelt er
die Sicherung der Arbeitslosenverfiche-
rung und ermächtigt den Vorstand der
Reichsanstalt, die Beiträge bis auf 4% zu
erhöhen und der Reichsregierung Vor-
schläge zur Reform der Arbeitslosenver-
sicherung zu unterbreiten. Zu den Be-
schlüssen ist die Mehrheit der Stimmen so-
wohl der Arbeitgeber als auch der Arbeit-
nehmer erforderlich. Kommt keine Ein-
gung zustande, so beschließt die Reichs-
regierung über die Beitragserhöhung.
Eine Änderung der Leistungen kann nur
im Wege der Gesetzgebung erfolgen.

Weiter bestimmt die Vorlage, daß der
Reichsanstalt als Restpost für 1930
50 Millionen aus der Industrieauf-
bringungsumlage und bis zu 30 Mill.
aus dem 1425 Millionen übersteigen-
den Lohnsteuerertrag zuzuführen
sind.

Artikel 2 des Gesetzes bestimmt, daß die
aus Zolnmitteln der Invalidenversiche-
rung in den Jahren 1930-1935 jährlich
zu überweisenden 40 Millionen Mark um
die Hälfte gekürzt und dafür bis 1930
gezahlt werden.

Artikel 3 schließlich behandelt die
Steuerveränderungen und die Ausgabenverpar-
nis. Nach den Beschlüssen des Reichsrats
wird der Finanzminister

beauftragt, gemeinsam mit dem
Reichsfinanzkommissar ein langfristiges
Garantieprogramm aufzustellen, das
die Grundlage für neue Steuer-
senkungen schafft.

und namentlich auch eine Senkung der
fortdauernden Ausgaben von 1931 ab ge-
währleistet. Von den Ausgaben des
ordentlichen Haushalts 1930 sollen 1931
mindestens 600 Millionen eingespart wer-
den, die für Steuererhöhungen zu verwen-
den sind.

Heute setzt man sich wieder zusammen

Die interfraktionellen Besprechungen über
das Finanzprogramm, die für Montag im
Aussicht genommen waren, werden erst heute
stattfinden. Im Laufe des Montagmorn-
tags hat eine Fühlungnahme zwischen Ver-
tretern der Deutschen Volkspartei und des
Zentrums stattgefunden.



Eröffnung der VIII. Reichsgastwirts-Messe in Berlin

Auf dem Messengelände am Kaiserdom in Berlin wurde am 23. März in Anwesenheit zahl-
reicher Ehrengäste und Vertreter der maßgebenden Organisationen die achte Reichsgastwirts-
messe eröffnet. In etwa 500 Ständen wird auf einer Fläche von rund 17 000 Quadratmetern
der vielseitige Bedarf der großen und kleinen Gaststätten aller Art gezeigt. — Uebersichtsbild
von der achten Reichsgastwirtsmesse.